

erschließt an jedem Werk-
tag. Erschließen nehmen
sämtliche Postämter und
Postboten entgegen.
Bezugspreis
im März 1923. A. 80.
Einzelnnummer A. 80.
Anzeigen-Gebühr für die
einpaltige Zeile aus
gewöhnlicher Schrift oder
vermehrt bei einmaliger
Einschaltung A. 120.-,
bei mehrmaliger Rück-
kehr nach Tarif. Bei gerichtl.
Betreibung u. Konkursen
ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Verlagstag 1923

Verlagstag, Stadt und Bezirk von G. M. Jäger (Hrsg.) Nagold.

Verlagstag No. 22

Bestellte Zeitung im
Oberamtsbezirk. — Kr-
zeigen sind daher von
besten Erfolg.

Hier ist die Zeitschrift
über den Oberamtsbezirk
zu lesen. Die Zeitschrift
enthält alle Nachrichten
über den Oberamtsbezirk
und ist für alle Bürger
von großem Interesse.
Die Zeitschrift ist
kostenlos zu beziehen
und kann jederzeit
bestellt werden.

Telegraphen-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Nr. 65

Montag, den 19. März 1923

97. Jahrgang

Eine Lehre der Geschichte für uns Deutsche

Wir haben im Frieden oft unter den Vätern gelebt, die uns zur Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht aufregt waren, und haben uns eingeredet und einreden lassen, daß der „Militarismus“, d. h. der gewappnete Staat, uns zugrunde richte. Dabei übersehen wir offensichtlich, daß unsere Gesamtausgaben für Heer und Flotte nicht sozial betragen, wie die für Alkohol und Tabak, also für zwei durchaus entbehrliche Genußgüter, und daß Heer und Flotte zur Erziehung und Erziehung von uns allen in einem Umfang beitragen, den wir erst jetzt, wo uns diese Schule der Mannes-tugenden fehlt, voll und ganz zu wöchentlichen verstehen. Wir vergaßen auch, daß große Industrien von der Wehrmacht leben, denn von der großen Schiffsmaschine der Schiffsindustrie bis zum letzten Holentwurf und Schußwinkel des Infanteristen war alles deutsche Erzeugnis.

Den größten Fehler aber begingen wir dadurch, daß wir aus der Geschichte nicht lernen wollten. Aus der Zeit deutscher Dämmerung und Zersplittertheit im Mittelalter und in neuerer Zeit konnten wir zur Genüge die Lasten der Nationen, daß ein schwacher Staat stets friedlos ist, weil sein Feinde ihn als ihre selbstverständliche Beute betrachten und stets Gründe finden, um über ihn herzufallen und ihn abzupressen, was ihnen gerade gefällt. Ein schwaches Land ist aber auch stets der Janoptel seiner mächtigen Nachbarn, denn keiner gönnt dem anderen die Ruhe allein, und so geraten sie untereinander in Streit im Kampf um die lockende Beute. Da wir Deutsche nicht gerne den eigenen Lehrer anhören, dagegen von Fremden uns eher etwas sagen lassen, so will ich auf zwei Beispiele hinweisen, die fremde, uns aber doch hinreichende bekannte Völker, betreffen.

Das eine ist die Türkei. Wir haben es so zum Teil noch selber miterlebt, wie „der traurige Mann am Vesperus“, ein in sich nicht gefestigter, militärisch schwacher Staat immer wieder die Mächte zum Krieg lockte und wie er schließlich schon hoch Vorkriegsstaat und ganz unerschütterlich und unfrei nur noch den Reich der um das Erbe, d. h. die Aufteilung sich zankende Mächte sein kümmerliches Beileben verdankte. Heute dagegen, wo dieselbe Türkei, innerlich geeint und gestärkt, nach außen hin gewappnet und fest entschlossen Gut und Blut an seine Freiheit und Selbstständigkeit zu setzen sich kraft aufgerichtet und bis an die Jähne bemessnet hat, ist sie im Begriff, wieder ein souveränes Staatsgebilde im eigentlichen Sinn zu werden, das seine Geschichte selber in die Hand nimmt und dessen Wort etwas gilt auch gegenüber den Siegermächten aus dem Weltkrieg.

Das zweite Beispiel ist Italien. Im Mittelalter war Italien in ungezählte kleine Staaten und Städtchen zerfallen von denen jedes im Nachbarn, der doch denselben Dialekt und derselben Sprache war, den größten Feind erblickte und be kämpfte, während sie den äußeren Feind ihr schönes Land auszulindern und seine Einwohner schinden ließen. Im großen und ganzen machten sie es gerade so wie die deutschen Parteien heute noch, für die auch der politische Gegner im eigenen Land, also der Volks- und Blutgenosse oder der Angehörige einer anderen lokalen Schicht stets den größten und wichtigsten Feind darstellt, auch wenn der Franzose gleich dabei ist, die feindlichen Brüder alle zusammen zu erfressen. Italien war deshalb aus dasjenige Land Europas das am längsten unter Fremdherrschaft stand. Weil es un- einig und weil es militärisch schwach war, bildete es dauernd einen Kriegsschauplatz für ganz Europa. Die Byzantiner, die Sarazenen, die Franzosen, die Spanier, die deutschen Könige sie alle haben in unendlichen Kriegen um den Besitz Italiens oder einzelner Teile gekämpft und der Schauplatz aller dieser Kriege war stets Italien selbst. Auch für Italien bilden erst die Einigung und innere Festigung, gepaart mit der Schaffung einer Wehrmacht, einen Wendepunkt. — Daß die Italiener ihre Einigung nicht zum wenigsten der deutschen Unterstützung verdanken, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Stärke eines Staatswesens hat noch einen Vorteil: sie erst macht einen Staat für andere Staaten der Freundschaft oder eines Bündnisses wert. Jeder will gerne mit einem angesehenen, mächtigen und reichen Mann lieber befreundet sein als mit einem Jammerlappen, einen Bankrotteur, einem feigen, armseligen, knechtisch gesinnten verächtlichen und verachteten Kerl. Im Leben der Völker ist's nicht anders. Eine Dame, die bis vor kurzem in London war erzählte mir dieser Tage, daß man in führenden Londoner Kreisen ihr mehrfach sagte: „Wir hoffen die Franzosen und ihre Politik gegen Deutschland; aber wir können mit Deutschland nichts anfangen, da es innerlich krank ist und man sich auf einen so brüchigen Staat nicht verlassen kann.“ Und ein Italiener hat ihr ganz kurz erklärt: „Wir würden uns niemals Poincaré bei seinem Rufstempel angeschlossen haben, wenn wir nicht befürchten müßten, daß die Deutschen über kurz oder lang doch nachgeben. Und sind wir dann nicht zu Stelle, so schlägt der Franzose allein die Posten und wir haben das Nachsehen.“

In der Verblendung, als Betrogene, haben wir im November 1918 unsere Waffen weggegeben. Haben wir durch unser Jammer, durch Nachgeben und Erfüllen unerfüllbarer Verbindungen irgend einen Vorteil, eine Erleichterung unserer

Wohlfahrt? Ein mehrloser Staat, ein Spielball fremder Völkern, ein Erpressungsgegenstand feindlicher Ausbeuter sind wir geworden. Mit der Weltgeschichte schlägt man uns ins Gesicht, wie verächtliche Tiere tritt und löst man uns.

Zwei Wahrheiten müssen wir uns darum heute wieder in Fleisch und Blut übergehen lassen: erstens, die Stärke eines geordneten Staats ist das sicherste Unterpfand für den Frieden und für das Wohlergehen seiner Bürger, und zweitens: die Vorbedingung für die Stärke eines Staats ist die Einigkeit seiner Bürger, zum mindesten in allen nationalen Fragen. Man braucht nur an England zu erinnern oder an Frankreich und Amerika, unsere „Besieger“, um zu wissen, daß ihre Kraft in der Einmütigkeit der Bürger dieser Staaten beruht, sobald nationale Fragen Fragen der auswärtigen Politik in Betracht kommen.

Unsere innere Zersplittertheit hat eine Hummelfurche in einem bösen deutschen Charakterfehler, dem Reiz. Wir beneiden nur zu leicht unsere Brüder und Nachbarn, um den kleinsten weltlichen oder vermeintlichen Vorzug, den sie uns gegenüber haben, und kommen dann vielfach in eine jenseitige Grundstimmung hinein, die ganz grob und kurz ausgedrückt ungefähr so lautet: „Nicht recht ich den anderen beneiden — und mich selber zugrunde, als daß es dem andern besser gehen darf als mir.“

So kommen wir aber nicht weiter. Der andere hat es gewöhnlich gar nicht so viel besser als wir, die wir nur von außen hineinsehen, es glauben, und wir haben es meist nicht so schlecht, als wir uns vorreden. Wir müssen als Brüder zusammenstehen und uns stets gegenwärtig halten, daß Glück und Leid des einen Volksgenossen aufs engste mit Glück und Leid des anderen verknüpft ist.

Geschichtlich denken, deutsch fühlen, die Fehler in der eigenen Brust bekämpfen, den Volksgenossen verstehen und lieben, dem äußeren Feind aber gemeinsam bis zum letzten Hauch trotzen lernen, das ist die innere Vorbereitung, die die letzte nationale Passionenzeit von uns fordert, wenn wir wieder ein freies Volk werden wollen.

Dr. Werner Bilingert

Hypotheken und Geldentwertung

Es wird uns geschrieben:

Seit Jahr und Tag wird über die Hypothekenschulden geschrieben und gestritten. Ganz kurz läßt sich der Standpunkt der Hypothekengläubiger dahin zusammenfassen, daß sie eine Ungerechtigkeit darin erblicken, für ihre mit gutem oder zum mindesten bestem Geld gegebenen Darlehen mit schlechtem Geld ausbezahlt zu werden, und daß sie vom Staat und der Gesetzgebung eine Aufhebung dieses Unrechts erwarten. Dagegen wenden die Hypothekenschuldner ein, daß die Hypothekendarlehen keine Bevorzugung beanspruchen dürften vor anderen geldlichen Verpflichtungen, die ebenfalls mit gutem Geld eingegangen sind und kraft der bestehenden Gesetzgebung und Rechtsprechung mit schlechtem Geld zurückgezahlt werden können. Im besonderen verweisen sie dabei auf die dem Staat feinerzeit gewährten Kredite (Staatsanleihen) und fordern, daß sie nicht mit andern Nach gemessen, andern Verpflichtungen unterworfen würden, als der Staat sie für sich selbst seinen eignen Gläubigern gegenüber anerkennt. Es wird eingewandt, aus welchem Grund und mit welchem Recht diejenigen, die ihr Geld auf Hypotheken gegeben haben, vor demjenigen bevorzugt werden sollen, die etwa Relegations- und sonstige Staatspapiere gekauft oder ihr Geld auf die Sparkassen gelegt haben, in der Erwartung, späterhin den angemessenen Gegenwert dafür zu erhalten. Da sich auch die Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Forderungen der Hypothekengläubiger von solchen Erwägungen hat leiten lassen, ob sie von einem Zugeständnis an deren Wünsche nachhergehenden Folgerungen hinsichtlich ihrer eignen Verpflichtungen befürchtet hat, muß dahingestellt bleiben.

Das Hypothekensystem ist mit Rücksicht auf den Wert des Grundstücks und in einem bestimmten Verhältnis zu diesem Wert gegeben worden. Der Gläubiger wollte ein dingliches Recht an einem Grundstück als dauernde Sicherheit für den Wert des gegebenen Kredits. In unzähligen Fällen nun hat der Hypothekengläubiger während der letzten Jahre die Beobachtung machen müssen, wie der Grundstückseigentümer unter Ausnutzung der Geldentwertung sich bereicherte und in die Lage versetzt wurde, seine Hypothekenschuld durch Hingabe eines Bruchstücks des feinerzeit erhaltenen Werts abzulösen. Man kann nicht behaupten, daß dieser Vorteil der eignen Bereicherung dem Kreditnehmer Staat oder den Gemeindegliedern als den Trägern von öffentlichen Sparkassen, ebenfalls zugute gekommen sei. Es liegt also immerhin ein Unterschied zwischen dem Hypothekengläubiger und dem gewöhnlich nicht benehenswerten Besitzer von Staatspapieren oder Sparkassenguthaben vor. Die Kollage zahlloser Hypothekengläubiger, die zum großen Teil doch ihre gesamten Erparnisse gegen eine ihrer Überzeugung nach sichere Schuldurkunde hergegeben haben und infolge der jetzigen Praxis defizit mit einem gleichlautenden, aber so gut wie wertlosen Papiergeldbetrag abgezahlt werden können, ist unbefriedigend. Die gesetzgeberischen, technischen und rechtlichen Schwierigkeiten, die einer angemessenen Neuregelung der Hypothekenschuldverhältnisse im Wege stehen, wären bei ge-

hem Willen zu überwinden. Namentlich wäre es wohl möglich, einen angemessenen Ausgleich für diejenigen Hypothekenschuldner zu finden, die infolge besonderer Verhältnisse oder gar infolge gesetzgeberischer Eingriffe in die freie Wirtschaft ebenfalls nicht in der Lage sind, von der inzwischen eingetretenen Geldentwertung Nutzen zu ziehen. Das gilt in erster Reihe von dem pädagogischen Hausbesitzer, der unter dem Druck der öffentlichen Wohnungswirtschaft in den Genüssen von der Geldentwertung entsprechenden Einnahmen bisher nicht gelangt ist.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß bereits über die Grenzen unseres Landes hinaus eine abfällige Beurteilung der von Deutschland in der Frage der Hypothekenschuldung eingenommenen Haltung wohl geäußert hat. Einer der entschiedensten Vorläufer für die Rechte der Hypothekengläubiger, Professor Dr. Schumacher, Köln, teilt darüber in der deutschen landwirtschaftlichen Presse mit, daß ihm zahlreiche Zuschriften aus dem Ausland zugegangen seien, denen zufolge man es brauchen nicht versteht, wie in Deutschland ein solches Anrecht möglich sei. Am besonders wird dann auf einen Fall in Polen verwiesen, dessen oberster Gerichtshof eine Klage auf Löschung und auf Rückzahlung einer Goldhypothek in verlorener polnischer Währung mit der Begründung abgewiesen, daß es gegen die guten Sitten verstoße, eine Goldforderung in wertloser Papiermark zurückzahlen. Nun ist allerdings der deutsche oberste Gerichtshof noch nicht in die Lage gekommen, zur Frage der Hypothekenschuldung Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich würde das Reichsgericht auf Grund seiner früheren Entscheidung über den Einfluß der Geldentwertung zu dem gleichen grundsätzlichen Standpunkt gelangen wie der oberste Gerichtshof in Warschau.

Wie veranlaßt, hat der Schlichter der Hypothekenschuldner beschlossen, eine Entscheidung des Reichsgerichts in der Streitfrage herbeizuführen, nachdem der Antrag für die Kündigung und Auszahlung von Hypotheken und Grundschulden, die vor dem 1. Januar 1922 eingetragen worden sind, eine Sperrfrist einzulegen, vom Reichsstag abgelehnt worden ist.

Der rote Zar

Lenins Schlaganfall

Wladimir Illjitsch Ulianow, genannt Lenin, ist von einem schweren, vielleicht tödlichen Schlaganfall betroffen worden. Dieser Schlaganfall ist die Folge des allgemeinen körperlichen und geistigen Zusammenbruchs eines Inne-landskämpfers, der die Hälfte seines Lebens täglich 16 Stunden gearbeitet hat, meist ohne die Unterstützung einer Schreibkraft. Seit länger als einem Jahr hat Lenin an bedauerlichen Ermüdungsstörungen gelitten. Bekanntlich mußte er im vorigen Frühjahr die Reise zur Genuev-Konferenz aufgeben. Verschärfte wurde das Leiden durch die alte Wunde, die seit dem Anschlag der Studentin Kaplan im Herbst 1918 nicht heilen wollte. Erst im April 1922 wurde die Kugel durch einen deutschen Arzt aus Lenins Schulter entfernt. Dazu kamen schwere Nerven- und Darmvergiftungen. Die Berichte, die bisher von der Sowjetregierung über Lenins Befinden ausgegeben wurden, erinnern zwar an vergangene jansche Zeiten, entsprechen aber durchaus der Bedeutung des „Roten Zaren“, dessen Name nach fünfjähriger, schier unumschränkter Herrschaft von den Taten der Weltgeschichte nicht mehr wegzumischen ist. Seitdem Lenin im März 1917 in plombierten Güterwagen durch Deutschland nach Petersburg reiste und dort im Palast der Tänzerin Kshesinskaia auftrat, war seine Laufbahn ein unausgesetzter Aufstieg zur politischen Macht, zu einem Despoten des russischen Sozialismus, dessen Unfehlbarkeit auch dann nicht gestürzt wurde, als Lenin, wie er sich ausdrückte, den Rückzug vom unbeschränkten Kommunismus antrat. Die vollständige Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Schicksal und das Bemühen der tödlichen Erkrankung trieb den Sowjetgewaltigen zu seiner fähigen Umkehr. Seine neue wirtschaftliche Politik der letzten Jahre war das gerade Gegenteil seiner früheren Lehren. Er wagte den Kampf mit den bisherigen roten Genossen, weil er sich vor keinem Feind mehr fürchtete. Ursprünglich führte sich die Gewalt Lenins auf eine Kinderheit, auf die kommunistische Führerschaft und auf das päpstliche Proletariat. Die Bauernmasse hielt er im Schach. Als die Hungernot diese Bauernmehrheit in Bewegung gebracht hatte, opferte Lenin unbedenklich die Kinderheit, die seinen Plänen gefolgt war, und warf sich durch die Erlaubnis des Freihandels zum Verfechter des weiten Landes, der bäuerlichen Wünsche auf. „Veröhnungspolitik“ wurde die Lösung. Veröhnung wurde angeboten, wofür man sich nur entschloß, alle Politik besetzte zu lassen. Bei den russischen Bauern hat sie der Bolschewismus sowieso nicht zu befürchten. Die Zeit, da die Bauern sich von den Städten feindselig zurückhielten, ist vorbei. Der hungrige Bauer kommt wieder in die Stadt, um das ehemals erworbene oder geraubte Herrngut abzusehen und um sich selbst Lebensmittel, Geräte, Futterstoffe zu kaufen. Auch der rote Soldat ging mit dem neuen Lenin. Der rote Soldat folgt dem, der ihn laßt macht. Das Offizierskorps wurde aus dem rein militärischen Beruf befreit und so gewonnen Lenin läßt neue nationalistische Gedanken in die Welt schick und verlangte durchaus kein Bekenntnis zum Kommunismus. Die Angehörigen der Intelligenz, soweit sie noch

(oder schon wieder) vorhanden sind, haben sich daran gewöhnt, politische Fragen auszuschalten. Sie sind abgestumpft durch die Brot Sorgen. Jeder will seinen „Bajol“ haben, sein Lebensmittelration (Mehl, Seife, freie Wohnung usw.). Es gibt keine Gewissensfragen mehr, es gibt nur den Bajol. Auch dieser Geisteszustand weiser Schichten erleichterte Lenin die neue Politik ungemein. Gab es Streit, so scharte sich alles um Lenin und führte ihm höhere Bedeutung zu. Keiner sich blieb er ein „Genosse“ unter anderen Genossen. In Wirklichkeit brauchte ein Kommunist, auch ein wichtiges Mitglied der Partei, eine abweichende Meinung zu äußern: Lenin erwiderte scheinbar ruhig oder faktisch in öffentlicher Sitzung, Oder ließ ihm antworten. Aber am nächsten Tag empfing dieser Genosse einen Brief, durch den er seines Amtes enthoben wurde oder der ihm die schlanke Abreise in irgend ein nördliches oder sibirisches Gouvernement anbot. Einen Widerspruch gab es nicht. Was aus den Arbeitszimmer Lenins kam, das war Gesetz, auch wenn der fröhliche Herrscher gar nicht selbst mehr entscheiden konnte. Man entschied in seinem Sinn.

Wer wird sein Nachfolger werden? Trotz ist oft ausgleichender Führer unmöglich. Man nennt als Kandidaten vielmehr den Georgier Stalin, den „Mann der eisernen Faust“, der schon heute die Fäden der Macht in seine Hand hat; er ist der Generalsekretär der kommunistischen Partei. Sodann Lunatscharski, den Kommissar für Volkserziehung, Endlich Rykoff, den Viehbesitzer. Vorins. Viehbesitzer wird aus diesen Dreien ein Direktorium mit dem Programm der Fortsetzung des neuen Kurzes: Einkrempfung des kleinen Privateigentums und Freiheit des Handels.

Bertuschungsversuche Die Bluttaten von Buer

Buer, 18. März. Die deutsche Kriminalpolizei hat die Untersuchung über die Ermordung der beiden französischen Offiziere und den Dienst überhaupt eingeleitet. Da ihre Arbeit durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden und das Treiben der französischen Soldaten unmöglich gemacht wird. Die Hauptzeugen, der Landwirt Sandmann und der Bergmann Winking, die gesehen haben, wie französische Soldaten auf die Offiziere schossen, sind verhaftet worden. Die Leiche des auf die Erschießung der Offiziere hin willkürlich verhafteten und getöteten Kriminalassistenten Buchhoff war so zugerichtet, daß selbst seine nächsten Amtsgenossen ihn nicht mehr erkannten. Nur ein Fingerring verriet die Persönlichkeit.

Die französische Militärbehörde hat die Herausgabe der Leichen der beiden Mitglieder der Schutzpolizei, Krause und Röhr, verweigert, nachdem durch Augenzeugen festgestellt worden war, daß sie im Hof des Ohnanstums nicht erschossen, sondern von etwa 15 französischen Soldaten totgeschlagen worden sind. Die Leichen sind nur noch unerkennliche Massen. Außer den fünf mit Namen festgestellten Ermordeten werden 10 weitere Personen vermißt, die verhaftet oder getötet sind. Die französische Behörde verweigert jede Auskunft über Verhaftungen und „Lodesstraten“.

Die Franzosen geben jetzt zu, daß seit der Ermordung der Offiziere zwei Alpenjäger verschwunden sind; es sind zwei „alte“ Leute, die am 1. März zur Entlassung kommen sollten. Die Franzosen behaupten, die Soldaten seien von den Deutschen getötet und beseitigt worden. Alle Ermittlungen der deutschen Behörden werden aufs schärfste unterdrückt.

Strohentwurf

Eberfeld, 18. März. Französische Truppen haben in der Nacht auf einem Waldweg zwischen Lohwinkel und Eberfeld dem Kraftwagen einer Eberfelder Großfabrik aufgelauert und für 200 Millionen Baumwollseide geraubt.

Störung der sozialen Einrichtungen

Düsseldorf, 18. März. Die Franzosen haben in der Oberpostdirektion Düsseldorf sämtliche Marken der Anstellungssicherung gestohlen. Da in der Angelegenheit die Postverwaltung erst vom 1. Januar 1923 an zur Einführung gelangte und der geraubte Markenbestand, den für die Postanstalten bestimmten ersten Bedarf darstellte, ist das gesamte Ruhrgebiet noch ohne Marken. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen selbst nicht davor zurückschrecken, die Durchführung der sozialen Besetze zu unterbinden.

Warenbeschlagnahme

Koblenz, 18. März. Die Rheinlandkommission hat beschließen, im Ruhrgebiet alle Waren, die auf Grund des Friedensvertrags und des Sachlieferungsabkommens verlangt oder nicht geliefert sind, zu beschlagnahmen. Auf energische Vorstellungen des englischen Botschafters in Berlin hat die Rheinlandkommission angeordnet, daß Warenlieferungen an Verbündete, sofern sie vor der Besetzung bestellt wurden, von der 10prozentigen Ausfuhrabgabe befreit werden. Es handelt sich um Beträge von etwa 20 Millionen Dollar. Neutralen Ländern gegenüber ist die Abgabe zu entrichten.

Französische Urteile

Koblenz, 17. März. Das französische Militärgericht verurteilte in Abwesenheit den vor bereits 4 Wochen ausgewiesenen Verleger der „Empfer Zeitung“, Fritz Sommer, und dessen Bruder Dr. med. Otto Sommer aus Bad Emis zu je 6 Monaten Gefängnis und 50 000 Mk. Geldstrafe.

Beim Zollamt in Mainz wurden weitere 6 Zollbeamte ausgewiesen. Die Familien müssen innerhalb von 4 Tagen ihre Wohnung geräumt haben.

Ueber die Stadt Ehrenbreitstein ist von den Franzosen der Ausnahmestatus mit Verkehrsperre verhängt worden. Anlaß hat folgender Vorfall gegeben: In der Nacht zum 16. März ist eine Frauensperson, die sich mit einem französischen Soldaten eingelassen hatte, von zwei jungen Leuten aus Ehrenbreitstein verprügelt worden. Als bei der Hülfe der drei des Mordes zurückkehrende Soldat die jungen Leute mit dem Seitengewehr bedrohte, entriß ihm diese die Waffe und brachten ihm mit derselben eine Verletzung bei. Die beiden jungen Leute wurden verhaftet und nach Mainz geschickt, ebenso zwei Schutzleute. Der Ausnahmezustand über Koblenz besteht immer noch.

Münster, 18. März. Der evangelische Pfarrer B. E. L. wurde auf dem Weg zum Gottesdienst von Franzosen angehalten und ausgewiesen.

In den letzten drei Tagen sind aus dem linksrheinischen Gebiet über 300 Personen ausgewiesen worden.

Vertwüstung des Bahnoberlandes

Ludwigsfelde, 18. März. Nach der Bekanntmachung daß das ganze pfälzische Eisenbahnwesen der französischen Behörde unterstellt sei, verließen alle deutschen Beamten und Arbeiter die Bahnhöfe. Der Betrieb ruht mit Ausnahme zweier Hauptstrecken in der Vorderpfalz gänzlich. Sämtlicher Eisenbahnern der Pfalz wurde darauf befohlen, die Dienstwohnungen zu räumen. Davon wurden über 1500 Familien betroffen.

Die Bereaubung der Kohlenzechen

Paris, 17. März. Nach dem „Journé Industrielle“ ist sich die Beschlagnahme von Koks und Kohlen durch die Besatzungsmächte nach folgendem Plan vollzogen: Es seien verschiedene Gruben vorgegeben, deren Namen man aber besser nicht nenne. Man könne indessen sagen, daß sie so wohl auf dem rechten als auf dem linken Rheinufer lägen. Im Anschluß daran werde man zur Beschlagnahme auf der Gruben entlang des Rhein-Herne-Kanals schreiten. Es sei davon die Rede, daß dort seit Januar mehr als 600 000 Tonnen Kohlen und 200 000 Tonnen Koks angehauft seien. Die Kohlen sollen in der Hauptsache auf dem Wasserweg abgeführt werden. Nach den Gruben am Rhein-Herne-Kanal würden diejenigen in der Nähe von Essen an die Reihe kommen. Im ganzen würden die Franzosen infolgedessen etwa 750 000 Tonnen Kohlen und 250 000 Tonnen Koks abzuführen.

Die Entschädigungskommission will die Goldanleihe verbieten

Paris, 18. März. In der Entschädigungskommission behauptete der französische Vertreter, die deutsche Reichsregierung habe nicht das Recht, von sich aus eine Goldanleihe in Deutschland aufzulösen, da die Verbündeten ein Vorkrecht auf das deutsche Vermögen besitzen. Auf Vorschlag des Italieners Ameglio wurde die Frage dem Rechtsbeirat überwiesen.

Sie wollen nichts wissen

London, 18. März. Die englische Regierung befreit amtlich, daß sie in der Ruhrangelegenheit einzugreifen beabsichtige. Die Frage gehe sie nichts an, insofern als es Deutschlands Aufgabe sei, Vorschläge zu machen, die Frankreich und Belgien befriedigen.

Das amerikanische Staatsamt erklärte, es sei unrichtig, daß ein englischer Vorschlag wegen einer Vermittlung Amerikas eingegangen sei, das Amt habe also auch keine Antwort auf derartige Vorschläge machen können.

Standhaftigkeit im Ruhrgebiet

Essen, 18. März. Die Gewerkschaften beschloßen, im Abwehrkampf bis zum Abzug des letzten Franzosen zu verharren, auch wenn die Reichsregierung nachgeben und in Verhandlungen eintreten sollte.

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 18. März. Die Spenden des Brandenburgischen Landbundes haben bis 3. März einschließlich der Bargeldsumme (250 Millionen Mark) die Höhe von rund 3 Milliarden 351 Millionen Mark erreicht. Der Großgrundbesitz hat den größeren Teil davon aufgebracht.

Neue Nachrichten

Die ledigen Ueberwachungskommissionen

Berlin, 18. März. Die Vorstellungen, die das auswärtige Amt bei dem französischen General Rollet in Berlin erhoben hat und die bezwecken, französische und belgische Offiziere von etwa noch beabsichtigten „Ueberwachungen“ fernzuhalten, sind, wie sich erwarten ließ, vollständig fruchtlos geblieben. Rollet hat im Gegenteil angeordnet, daß in nächster Zeit die Durchsuchungen vermehrt und daß die Offiziere dabei in Uniform erscheinen sollen. Dieser beabsichtigten Herausforderung gegenüber weist die Reichsregierung darauf hin, daß die Belgier und Franzosen für uns nicht als Beauftragte ihrer Staaten in Betracht kommen, sondern eben als Mitglieder einer verbündeten Körperschaft. Jede Ausschreitung gegen einen derselben würde der Reichsregierung unabsehbare außenpolitische Schwierigkeiten eintragen und den Abwehrkampf erschweren. — Gleichwohl ist daran festzuhalten, daß das Verhalten der „Ueberwachungskommission“ schon längst zur Vertragswidrigkeit geworden ist und keine Nacht der Welt Deutschland zuzunutzen kann, feindselige Spione und Aufstandschürer — siehe Münchner Fall — auch noch zu bezogeln.

Der Abbau — das Ei des Kolumbus

Berlin, 18. März. Reichswirtschaftsminister Dr. B. E. L. hat Vertreter aller Erwerbstreife zu einer Besprechung über den Preisabbau geladen. Er führte aus, trotz des Sinkens des Dollarkurses haben sich die Preise gehalten, teilweise seien sie sogar gestiegen. Die Vertreter des Groß- und Kleinhandels wiesen hartnäckig nach, daß eine Herabsetzung der Warenpreise unmöglich sei, da man jetzt allgemein mit Verlust verkaufe, nur um der Abbau-Stimmung im Publikum entgegenzukommen. Die Industriellen erklärten, bei den hohen Löhnen, dem achtstündigen Arbeitstag, den teuren Rohstoffpreisen und den gewaltigen Steuern und Abgaben sei nicht daran zu denken, die Erzeugung zu verbilligen. Der Vertreter der Gewerkschaften führte aus, die Gehälter und Arbeitslöhne vertragen nicht die mindeste Herabsetzung. — kurz, von allen Seiten wurde der Preisabbau gemindert, aber keiner wollte beißig anfangen. Die Beratung wäre wieder einmal ganz ergebnislos geblieben, wenn der Minister nicht zum Schluß sich zu der Unsenmährheit aufgeschwungen hätte: Dann müsse ebendies Reich anfangen und werde zunächst die Kohlen-Steuer in gewissem Umfang herabzusetzen sein.

Der neue Schulkampf

Berlin, 18. März. Im Bildungsausschuß des Reichstages (30. Reichstagskommission) erklärte Abg. Hoffmann

(Soz., ehemaliger Revolutionsministerpräsident in Bayern), seine Partei lehne die christliche Gemeinschaftsschule grundsätzlich ab. Die sächsische Regierung ließ vermelden, sie betrachte die christliche Gemeinschaftsschule als eine Verfassungsverletzung. Abg. D. Eberling betont, weder die evangelische noch die katholische Kirche werde auf die Gemeinschaftsschule eingehen. Eine Regierung, die so sehr die Verfassung verlege wie die sächsische in den Schulgesetzen, sollte in ihren Beschuldigungen der Verfassungsvorletzung vorsichtiger sein. Abg. D. Mumm behauptet, daß die Reichsregierung es immer noch veräumt habe, gegen die Verfassungsvorletzungen der sächsischen Regierung einzuschreiten. Eine derartige Große Anfrage sei im Reichstag eingebracht und sie werde hoffentlich noch vor Ostern zur Sprache kommen. Staatssekretär Schulz erklärte, daß der Reichsminister des Innern Decker grundsätzlich an der Regierungsvorfrage festhalten, weitere Abänderungsanträge aber abwarten wolle.

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 18. März. Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerde der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ gegen die in verschiedenen Staaten (Preußen, Westfalen-Schwerin, Baden, Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen) erlassenen Veranlassungsbeschlüsse und Ausfüßungsverfügungen verworfen. Das Gericht hält also die Bestrebungen der Partei für solche, die geeignet seien, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen.

Ausreibungen der Deutschen aus Polen

Warschau, 18. März. Der polnische Reichstag hat einen Antrag angenommen, daß alle feinerzeit von der preussischen Regierung in Polen und Westpreußen angeführten Deutschen ausgewiesen werden sollen.

Die Kriegsstimmung in der französischen Kammer

Paris, 18. März. Die Kammer hat mit 488 gegen 67 Stimmen beschlossen, daß die Großen Anträge der Sozialisten und Kommunisten wegen der Zurückhaltung der Sozialisten 1921 beim Heer „verlegt“ werden sollen.

Drohender Bauarbeiterstreik in England

London, 18. März. Die Arbeitgeber im Baugebiet schlagen eine Lohnherabsetzung vor. Bei der Abstimmung der Arbeiter ergab sich eine Mehrheit von 20 Prozent für einen Streik, der am 1. April beginnen würde. Es kommen etwa 1 Million Arbeiter in Betracht. Wegen Verweigerung der längeren Arbeitszeit und der Lohnverminderung wurden in den östlichen Grafschaften Englands 10 000 Landarbeiter ausgeperrt.

Landwirtschaftliche Schutzmaßnahmen in England

London, 18. März. Das Unterhaus hat mit 183 gegen 100 Stimmen einen Antrag angenommen, daß vom Ausland eingeführtes Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art beim Verkauf als Auslandware kenntlich gemacht sein müssen.

Die Theologen und die Ruhrbesetzung

Newyork, 18. März. Theologiestudierende und Theologieprofessoren haben gemeinsam an den Präsidenten Harding einen Brief geschrieben, in dem sie ihre Bedauern über die Besetzung des Ruhrgebiets aussprechen und erklären, die französische Politik sei moralisch nicht zu rechtfertigen und politisch ungefund. Es sei die moralische Pflicht des amerikanischen Volkes, sich am Wiederaufbau Europas mit aller Kräfte zu beteiligen.

Neue Losrechnungsgelüste in Dänemark

Kopenhagen, 18. März. In dänischen Blättern wird dem Gerücht Raum gegeben, „in gewissen Kreisen“ werde für die Errichtung eines schleswigschen Zwischenstaats zwischen Dänemark und Deutschland gearbeitet, der bis über den Kaiser-Wilhelm-Kanal hinaus sich erstreckte. — Das scheint französisch-englische Arbeit zu sein. England hat schon lange ein Auge auf den Kanal wegen Danzig und Frankreich will eine gesicherte Seeverbindung mit Polen.

Württemberg

Stuttgart, 18. März. Vom Rathaus. Die städtischen Gebühren bei Erdbestattungen sind für die Regel auf 36 000 Mark, bei einfachen Bestattungen auf 27 000 Mark festgesetzt worden, für den Beichtkrafswagen 7400 bzw. 6000 Mark. Die Sargkosten betragen für einen lackierten Holzjarg 62 800 Mark (Schwarzgefärbten 54 440 Mark), für bessere Särge 107 000 bis 193 800 Mark, Sargeinlagen 2500 (1750) Mark, kirchliche Gebühren 300 (100) Mark. Somit beträgt die Regelgebühr insgesamt 109 000 (89 890) Mark. Bei eigenscheinlicher Bedürftigkeit können die Gebühren auf 36 000 Mark ermäßigt werden. Entsprechend betragen die Gebühren bei Einäscherungen 43 400 (33 600) Mark, die Sargkosten 23 665 (12 000) Mark, Einlagen 2500 (1750) Mark, kirchliche Gebühren 0, Genehmigungsgesporiel und Bestattung 1000 (1000) Mark, zusammen Regelgebühr 76 065 (48 350) Mark.

Causen a. N., 17. März. Auswanderungs-tüchtige. Drei Württemberg im Alter von 17-18 Jahren hätten das Verlangen, eine Reise nach Amerika zu unternehmen, um dort ihr Glück zu suchen. Da ihnen das nötige Reisegeld fehlte, müßten die Erparnisse der Schwester des einen der drei Reiseflüchtigen, der auch in Reckartwestheim reichlich einen Geldbedarf begangen haben soll, herhalten. Allerdings fand die Reise bereits in Heilbronn ihr Ende, wo den Württemberg das gestohlene Geld wieder abgenommen werden konnte.

Gerabronn, 17. März. Tödlicher Unfall. In der hohentlohe'sche Nahrungsmittelabrik drückte eine einstufige Kohlenwand den verheirateten 45 Jahre alten Wilhelm Friedrich derart an einen Eisenbahnwagen, daß der Tod als bald eintrat.

Ulm, 17. März. Unerhörter Diebstahl. Vom Dach der Elisabethkirche herunter wurde kürzlich die Wächterstange gestohlen.

Ulm, 17. März. Vom Münster-Kriegsdenkmal. Auf den Ideen-Wettbewerb für ein Münster-Geläutendenkmal sind 59 Entwürfe mit 14 Modellen und 99 Blatt

eingegangene
würde, die
stellene de
müg entlic
figur auf
von Baur
würde „J
Lebensgru
Grävlich
getragen
meister U
gehalt un
gericht zu
Oberl
Brot für
Oberl
auf dem
den Geme
1500 Ranz
und an W
Raummei
die Forts
Kohlen ge
erhalten h
Unter
o berin
einer Rach
Ritter W
mit 207 v
der Kongr
am 21. S
Lichter de
Athens
Paisiade
aus mit
1500 Säng
lungen von
Chengfäng
verleis ihr
stehende D
U
Ein
war der
nach der
und zu sp
flügel. I
wiefen wa
auf den ja
men sein
v. Bo
Bligkunt
Ähere Ku
entliche S
Wärtende
Göpping
Burg, Reu
Berkaufsp
postdit. f
ist auf 35
auf 100 M
v. Dessen
demokrati
Samstag
Santpaat
Herr Stud
worien lei
Stunde de
Schwefern
und Fran
vollant gr
Abend, H
rem Bild
dogmen.
Für uns
den Best
Feinden ge
auf trinten
eines Fran
im Krieg
allenfalls
alle polit
völlig
Seine pol
französi
denn es
Macht geb
Frankreich
scheidt dur
Bomcarcs
sprachener
das Erbab
Frankreich
den, durch
Deutschlan
tionell
hätte und
Ruhlands
lösen tunc
wir im g
gendert
schleunig
reichs find
noch den
Vom o
Die H
der Ruhr
das andere
Frankr
England
Orient zep
reich sein
Widm
England d



Präsident in Bayern).
Gemeinschafts-
liche Regierung
Gemeinschafts-
D. Everling be-
hatholische Kirche werde
Eine Regierung, die
die sächsische in den
Bündnissen der Verfas-
D. Mumm be-
immer noch veräußert
den der sächsischen Re-
Große Anfrage sei
den hoffentlich noch
Staatssekretär Schulz
nieren Dester grund-
halten, weitere Ab-
hof
richtshof hat die Be-
deutschen Arbeiter
ten (Preußen), Reich-
Sachsen, Thü-
Verhandlungsver-
worfen. Das Gericht
für solche, die geign-
und herabzusetzen.
aus Polen
Reichstag hat einen
zeit von der preußi-
Preußen angefordert
sächsischen Kammer
at mit 486 gegen 67
Anfragen der Sozial-
rückhaltung der Jahr
werden sollen.
in England
geber im Baugewer-
bung vor. Bei der
eine Mehrzahl von
1. April beginnen
Arbeiter in Betracht.
Arbeitszeit und der
sächsischen Großstädten
ausgesperrt.
men in England
us hat mit 183 gegen
men, daß vom Aus-
sächsischen Erzeugnisse
bare kennlich gemacht
hrbeziehung
erende und Theologie-
präsidenten h a r d i n g e r
Bedauern über die
und erklären, die
zu rechtfertigen und
die Pflicht des ameri-
Europas mit aller
Dänemark
den Blättern wird dem
Kreisen" werde für
den Zwischen-
und gearbeitet, der
haus sich erfindet. —
reißt zu sein. Eng-
Kanal wegen Danzig,
Verbindung mit Polen.
berg
aus. Die sächsischen
die Regel auf 36 000
7 000 Mark festgelegt
00 bzw. 6000 Mark.
laderten Holzlag
0 Mark), für bessere
einlagen 2500 (1750)
Mark. Somit beträgt
(89 800) Mark. Bei
die Gebühren auf
während betragen die
(33 600) Mark, die
einlagen 2500 (1750)
Lagerporto und Ver-
Regelgebühr 76 065
swanderungs-
von 17—18 Jahren
Amerika zu unter-
Da ihnen das nötige
e der Schwester des
in Rektorweheim
haben soll, herhalten.
Heilbronn ihr Ende,
wieder abgenommen
r Unfall. In der
eine einfließende
abre alten Wilhelm
en, daß der Tod als
Diebstahl. Vom
die kürzlich die Blü-
Kriegsdenkmal.
Münster-Gefallen-
denen und 99 Blatt

eingegangen. In engere Wahl zog das Preisgericht 13 Ent-
würfe, die der Idee, ein Münster-Denkmal für 16 000 Ge-
sellene der Weltkriegsgarnison am nächsten kamen. Einstim-
mig entschied das Preisgericht, den Entwurf einer Michael-
figur auf einem Duerbalken zu empfehlen. Der Entwurf ist
von Baurat Heinz W e h e l - Stuttgart ausgeführt. Die Ent-
würfe „Flammengürtel“, eine Kolossalfigur in dreifacher
Lebensgröße auf niedrigem Sockel von Bildhauer Fritz von
Grödenig-Stuttgart, „Acht Säulen“, ein von acht Säulen
getragenes Kampfs- und Sieggemälde von Regierungsbau-
meister Anselm-Ulm, und „Maler“, eine trauernde Frauen-
gestalt von Bildhauer Dr. Böppingen, wurden vom Preis-
gericht zum Verkauf empfohlen.
Oberkirchberg, 17. März. Holzspende.
Prof. J u g e r - Kirchberg ließ durch seine Forstverwaltung
Oberkirchberg aus dem württ. Teil seines Waldbesitzes das
auf dem Wege der Rotstandsversorgung an die umliegenden
Gemeinden zu liefernde Brennholz, zusammen über
1500 Raummeter, um den Durchschnittspreis von 7000 Mk.
und an Rinderbrennholz um die Hälfte dieses Preises pro
Raummeter abgeben. Für einige größere Gemeinden hat
die Forstverwaltung Oberkirchberg 7500 Zentner englische
Kohlen geliefert, die sie im Lauchweg gegen Grubenholz
erhalten hätte.
Infernacht, 17. März. Wahl einer General-
oberin. Bei der am 16. März vorgenommenen Wahl
einer Nachfolgerin der am 4. Februar 1923 verstorbenen Frau
Nutter Vincenzia Haas wurde die Pfaffenwiesener Alisoa
mit 207 von 222 abgegebenen Stimmen als Generaloberin
der Kongregation gewählt. Schwester Alisoa ist geboren
am 21. September 1872 in Durlangen, Dtl. Gmünd, als
Tochter des damaligen Schultheißen König.
Mittwoch, Gaujüngervers. Das am 3. Juni 1923 hier
stattfindende Gaujüngervers. geht insolge ansehnlich starker Beteil-
ung mit über den Rahmen eines Gaujüngervers. hinaus. Über
1500 Sänger in und außerhalb Gau haben sich bereits zum Ver-
einigen angemeldet. Auch beteiligen sich hervorragende Vereine
mit Chorgesängen. Der stehende Verein und die Gemeinde treffen
sich ihre Vorbereitungen. Der am 26. März in Mittelhelft statt-
findende Delegiertenkongress bestimmt noch das Preisgericht.
Aus Stadt und Bezirk.
Ragold, 19 März 1923.
Ein rechter Frühlingstag, wenn auch noch etwas raub,
war der gestrige Sonntag. Wie sich alle Welt darüber freuen
noch der langen Regenzeit einmal wieder Sonne zu sehen
und zu spüren, zeigten die vielen Spaziergänger und Aus-
flügler. Jodeln und die in voller Blüte stehenden A kus-
nischen waren das Ziel vieler Wanderer und sie werden dort
auf den sonnigen Höhen wohl alle auf ihre Kosten gekom-
men sein.
v. Bon der Post. An den versuchsweise eingerichteten
Hilfsfunktelegraphenverkehr, über den die Postanstalten
überer Ausnahmestunden geben können, sind jetzt 171
deutsche Städte einbezogen, darunter nicht weniger als 13 in
Württemberg: Heilbronn, Göttingen, Friedrichsdorf, Gmünd,
Göppingen, Heidenheim, Heilbrunn, Ludwigsburg, Rosen-
burg, Reutlingen, Stuttgart, Ulm und Weingarten. — Der
Verkaufspreis des amtlichen Fernsprechbuchs für den Ober-
postdirektionsbezirk Stuttgart — Ausgabe Januar 1922 —
ist auf 350 M., derjenige der Postkarte für Württemberg
auf 100 M. erhöht worden.
Deffentliche Versammlung. In einer von der Deutsch-
demokratischen Partei einberufenen Versammlung sprach am
Samstagabend im Traubensaal Geschäftsführer Popf-
Stuttgart über „Rhein und Ruhr“. Der Volksname,
Herr Stud.-Rat Weinbrenner, gab in seinen Ausführungen
seinen Behauptungen darüber Ausdruck, daß zu dieser
Stunde der Weisheit und des Gedankens der Männer und
Schweßlern an Rhein und Ruhr nicht noch mehr Männer
und Frauen sich eingefunden haben. Dieses Bedauern war
vollständig gerechtfertigt im Blick auf das, was der Redner des
Abends, Herr Popf ausführte, ruhig, sachlich, klar, mit sicherem
Blick für die politischen Zusammenhänge, ohne Partei-
bogramme. Seine Ausführungen seien kurz wiedergegeben:
„Für uns Deutsche gilt das Wort des Galliers: Wehe
den Besiegten! Den Leidensfeld, der uns von unseren
Feinden gereicht wurde, müssen wir offenbar bis zur Reize
mittragen. Deutschland ganz in Händen Frankreichs, nicht
eines Frankreich, das nur die Wunden heilen will, die ihm
im Krieg geschlagen wurden (für ein solches Spanien wir
allenfalls Verständnis haben), sondern eines Frankreich, das
alle politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt, die auf
völlige Vernichtung Deutschlands bringen. Seine politischen
Ziele sind doppelter Art: 1. der Rhein ein-
französischer Strom, 2. Herrschaft über die Reichsweite;
denn es kann zwischen Agrariden und Wirtschaft nur eine
Macht geben, Frankreich. Schon über tausend Jahre kämpft
Frankreich um diese Ziele und, wie der Redner sehr ge-
schickt durch Vergleich der Politik Ludwigs XIV. und der
Bourbons treffend darlegte, mit denselben Waffen, mit Ver-
schönerungen und Gewalt, dabei wesentlich unterstützt durch
das Erbteil der Deutschen, ihre Uneigentlichkeit. Dabei hat es
Frankreich früher und auch jetzt wieder meistlich verstanden,
durch eine geschickte Handelspolitik eine Jangge um
Deutschland zu legen. Diese Jangge funktionierten und funk-
tionierten so lange, als Rußland in Europa nicht zu sagen
hätte und jetzt wieder nicht mitzureden hat. Das Gewicht
Rußlands in der europäischen Politik wird bei seiner trö-
stlichen innerpolitischen Lage noch lange Zeit klein sein und
wir tun gut, unsere etwaigen Hoffnungen auf Rußland, die
gerührt werden könnten durch die ungläublichsten Gerüchte,
schleunigst zu begraben! Die wirtschaftlichen Ziele Frank-
reichs sind klar: In den größten Eisenlagern in Lothringen
noch den Ruhrkohl, um damit auch die wirtschaftliche
Vormachtstellung in Europa zu erlangen. Wie stellen sich nun die anderen Staaten zum Rechtsbruch an
der Ruhr? Eins steht fest: Frankreich steht Vollet da. Aber
das andere ebenfalls: England ist der Gefangene
Frankreichs, dessen Geschäfte, Fliegen und Unterboote
England ständig bedrohen. Ein Blick in die Vorgänge im
Orient zeigt, warum England immer nachgiebig gegen Frank-
reich sein muß und warum es ihm trotz der Reden im eng-
lischen Unterhaus an der Ruhr freie Hand lassen muß: Will
England die unerschöpflichen Oelfelder um Moskau, deren es

zur Heizung seiner Kriegsschiffe bedarf, behalten und will
England auf seinem Weg durch das Mittelmeer nach Indien,
der sehr stark bedroht ist durch die Position, die sich
Frankreich in Nordafrika geschaffen hat, nicht abgesehen
werden, so muß es wohl oder übel vorerst die Allianz mit
Frankreich aufrecht erhalten. Amerika hat wenig Grund,
in die europäischen Wirren einzugreifen. Es hat seine In-
dustrie im Krieg bereit ausgebaut, daß es nun ein abge-
schlossenes Wirtschaftsgebiet darstellt und nicht mehr ange-
wiesen ist auf die Zufuhr von Rohstoffen und die Einfuhr
von Fertigwaren. Alle anderen Staaten können uns nicht
helfen. Also: wir stehen allein, müssen uns selbst helfen!
Wird es in diesem Dunkel keinen Lichtblick für uns? Nur
dann, wenn wir alles Trennende fahren lassen,
wenn jeder Einzelne sich so verhält, als ob ge-
rade von seinem Tun und Lassen Deutsch-
lands Schicksal abhinge, wenn wir uns ge-
schlossen hinter die Ruhrkämpfer, deren
Haltung über alles Lob erhaben ist, stellen,
wenn wir uns hinter die Reichsregierung
stellen, deren passiver Widerstand die einzig
mögliche Art der Abwehr ist, so schwer das unserer
Natur eingeht (alles andere aber wäre Wahnsinn), nur dann
kann es einen Ausweg für uns, wenn wir den Glauben
an uns selbst und an Deutschlands Zukunft, den
Glauben an Recht und Gerechtigkeit nicht ver-
lieren! Selbst Napoleon I., der größte und gewaltigste
Mann Frankreichs, mußte in der Verbannung befehlen,
daß der größte Fehler seines Lebens der war, nicht ein-
gesehen zu haben, daß das Recht eben doch stärker ist als
die Gewalt. Werden wir nicht müde, auf dieses Recht zu
vertrauen, für dasselbe Schulter an Schulter mit den Brüdern
und Schwestern an Ruhr und Rhein zu kämpfen und auch
zu leiden, dann muß der Tag kommen, wo Frankreich
von seinen wahnhaftigen Zielen ablassen muß und wo Deutsch-
land die Rolle im Rate der Völker wieder spielt, die ihm von
Rechts wegen gebührt! Richen Beifall lobte den Redner.
— An der anschließenden Besprechung interessierten vor allem
die Ausführungen von Herrn Baber, eines Auslandsdeutschen,
der einige Stimmungsbilder aus dem unentwegt deutschfeind-
lichen Dänemark gab. Es möge auch hier der Gedanke an-
geregert werden, solchen Männern öfters Gelegenheit zu geben,
uns, die wir gern geneigt sind, außerpolitisch einzuschließen,
wieder aufzutritteln, um die Augen zu richten auf das, was
uns Deutschen tut. Herr Prof. Bauer wies auf die enge
Verbindung von Markverbesserung und Ruhrkampf hin. — Mit
der Ruhrung, nun einmal den vielgerühmten deutschen Rat.
Nur in heiliger Beziehung, zu jenen und doch wenigstens
über die Zeit, wo es sich um Sein oder Nichtsein unseres
Vaterlandes und damit jedes Einzelnen handelt, die portei-
politischen Werten abzulegen, damit wenigstens gegenwärtig
jeder klar sieht, warum es sich gerade jetzt handelt, schloß der
Redner die sehr gelangene Veranstaltung.

Der Umlagepreis. Der Zwangsgerausch des Reichs-
tags hatte am Freitag die Festsetzung des Preises für das
letzte Geschäft des Umlagegetreides zu behandeln. Es lagen
vier Anträge vor: ein Antrag der Landwirtschaft auf 41 354
Mark für den Zentner Roggen, ein weiterer auf 35 000 Mk.,
ein Antrag eines Stadtvertreters auf 32 500 Mark, und ein
sozialdemokratischer Antrag, überhaupt keinen höheren Preis
zu bewilligen. Keiner der Anträge wurde angenommen.
Anmeldefrist für Auslandschäden. Vom Bund der Aus-
landsdeutschen wird mitgeteilt, daß die Anmeldefrist für Aus-
landschäden (Gewaltschäden nicht Liquidationsschäden) am
31. März 1923 abläuft.

Der Bezirksobstand-Bereich Ragold hielt am gestrigen
Sonntag den 18. März seine Frühjahrsversammlung
in Altensteig in der Traube. Nach der Begrüßung durch
den Vorstand Schultheiß Dengler-Gebauer folgte der Jahres-
und Kassenericht durch den Schriftführer Hauptlehrer René
Daitzsch. Demselben entnehmen wir: Einnahmen 3715,65
Mk., Ausgaben 3471,15 Mk., Kassenvorrat 244,50 Mk. Da
durch die Entwertung der Mark und durch die Verhältnisse
der jährliche Beitrag der Mitglieder von 20 Mk. bei weitem
nicht anreicht, so wurde von der Versammlung der Beitrag
pro Mitglied einstimmig auf 100 Mk. für 1923 erhöht und
werden also die Mitglieder um baldige Einfindung von 100
Mk. an den Kassier gebeten. Die Obispoße waren
im Herbst den Verhältnissen entsprechend nur; aber auch der
Preis der Blume ging enorm in die Höhe. So kosteten
auf dem Ulmer Baummarkt am 10. März Apfel-
und Birnbäume pro Stück 3000—6000 Mk., Rirschen, Pflaumen,
Zweischen 5000—6000 Mk.; Kirschen 4000—6000 Mk.
Zweischen und Pfaffmühlwägen 400—1000, Johannis-
beerfr. 100—300, Stachelbeerfr. 300—400, Himbeere 10—20;
Johannisbeer- und Stachelbeerbäume 2000 M. das Stück.
Bei den Wahlen wurde, da Herr Schultheiß Dengler aus Ge-
sundheit- und Altersrücksichten eine Wiederwahl ablehnte,
H. O. Baumgart H. Wals, Altensteig als Vorstand, und
H. R. Krenz Guterbach einstimmig als Kassier und Schrift-
führer gewählt. Dem Herrn Schultheiß Dengler wurde für
seine erprießliche Tätigkeit als Vorstand der Dank der Ver-
sammlung ausgesprochen, mit dem Wunsche, dem Verein auch
weiter noch seine Dienste, sein Wissen und Können zu wid-
men und er als Ehrenvorsitzender des Vereins ausgezeichnet.
(Fortsetzung folgt.)

Altensteig, 15. März. Gemeinderatsitzung vom 13.
März. Im Einvernehmen mit dem bisherigen Jagdwald-
Forstmeister Müller beschloß der Gemeinderat, die städtische
Jagd im Stadtwald Egnwald und Dogwald ab 1. April auf
die Dauer von 3 Jahren öffentlich zu verpachten; diesbezüg-
liche Ausschreibesollen sofort erlassen werden. — Auf Grund
einer Ministerialverordnung vom 9. März wird in Abänderung
des Gemeinderatsbeschlusses vom 7. März, die Hund-
abgabe ab 1. April auf 2000 M für 1 Hund und 4000 M für
jeden weiteren Hund festgelegt. — Es erfolgt mit Wirkung
ab 1. April die Neuregelung der Wohnsteuer, welche auf 50
begrenzt 100 M erhöht wird, für die Fremdenwohnsteuer kom-
men künftig 10% der Uebernachgebühren gleich 75 M pro
Person und Nacht in Ansehung. — Verschiedene Bauverträge
betreffend ein Steinzerkleinerungsskafford werden genehmigt.
— Zur Brennstoffversorgung wird ein Angebot auf Lieferung
von einigen Waggons Braunkohlen angenommen und solche zur
eisbaldigen Lieferung und Abgabe an die Einwohnerschaft be-
stimmt. — Der Vorsitzende berichtet, daß es ihm gelungen sei,

mit einer Molkerei im Rügen einen Abschluß auf Lieferung
von wöchentlich 100 Pfund Molkereibutter zu betätigen, wel-
cher an die Einwohnerschaft durch die Stadtgemeinde in der
Mischmahlstelle zum jeweiligen Tagespreis abgegeben werden
soll; der G.R. gibt seine Zustimmung. — Einige weitere
kleinere Beratungsgegenstände finden noch ihre Erledigung.
Wildberg. Realschule. Dem Wunsch des Gemein-
derats folgend, hat die Ministerialabteilung für das höhere
Schulwesen zugestimmt, daß die seit einigen Jahrhunderten
bestehende Lateinschule in eine vorerst einklassige Realschule
umgewandelt wird. Das neue Schuljahr bringt schon diese
Neuerung wodurch erhofft wird, daß diese Schule wieder stärker
besucht wird. Da die Nachbargemeinden auch manches be-
cabie Kind, — Knabe wie Mädchen — zu dieser Schule schicken
können, wird den Eltern die Ermäßigung der Kosten sehr
willkommen sein. Wenn dann noch die geplante Schulge-
meinde einmal recht entstanden ist, wird gar manches für die
Entwicklung der neuen Realschule geschehen können. Es liegt
nun an der Einwohnerschaft selbst, diese Schule durch Zufuhr
von möglichst vielen Schülern recht lebensfähig zu erhalten.

Alleslei
Die Spende des Papstes für die Diözesen Köln, Münster
und Paderborn beträgt nach der „Köln. Volksztg.“ nicht
50 000 Lire, wie ursprünglich gemeldet war, sondern 500 000
Lire (rund 500 Millionen Mark).
Die frühere Königin von Montenegro, die Mutter der
Königin von Italien, ist inizza gestorben. Die Königin
hat auf den „Thron“ von Montenegro nach der Abhebung
des Königs Nikita durch die Serben und den Botshaferrat
nicht verzichtet.
Auf den Schellerhausen! Das sächsische Kultusministerium
hat eine Verordnung erlassen, wonach aus den Schulbücherei-
en alle Bücher, die nicht im republikanischen Sinne ge-
schrieben sind, zu verbrennen oder als Altpapier zu verwer-
ten sind.
Erdbeben. In Bosnien und Dalmatien wurden am Frei-
tag früh 47 Uhr starke Erdstöße verspürt, die erheblichen
Schaden anrichteten.
Heberjchwemmungen haben im ungarischen Banat und in
Serbien großen Schaden angerichtet. Der Verkehr ist vielfach
unterbrochen.
Auch der Humor fehlt nicht. In vielen belebten Städten
ist Verkehrsverruhr angeordnet. Eine solche wurde dieser Tage
auch über Ludwigshafen a. Rh. verfügt. Nach 9 Uhr abends
bis 6 Uhr morgens durfte niemand die Straßen betreten,
außer Geistlichen, Ärzten und Hebammen, für die ein
Nachpaß ausgestellt wird. Ein Kaufmann, der sich etwas
verspätet halte, wurde nach 9 Uhr von zwei Marokkanern
aufgegriffen. Aber der gute Pfälzer, der seinen Nachpaß
hatte, wußte sich zu helfen. Er hielt den braunen Gesellen
seinen Personalausweis vor die Nase, den diese natürlich
nicht verstanden, so eifrig sie ihn studierten. Endlich richteten
sie an den Kaufmann die Frage: „Argi oder Hebanne?“ —
„Hebanne!“ war die Antwort, worauf die Marokkaner
sagten: „Kann passer!“

Handelsnachrichten
Dollarkurs am 17. März: 20 068,10 (20 052,20) Mk.
3871 1/2 Milliarden Notenumlauf. In der ersten Märzwoche ist
die Reichsbank wieder stark in Anspruch genommen worden. Die
gesamte Kapitalanlage der Bank hat sich in der Woche um 77,4
Milliarden auf 5579,9 Milliarden Mark erhöht. Der Bestand der
Reichsbanknotenungen ist nicht weniger als auf 369 Milliarden
gewachsen, an Handelswechseln sind 205,1 Milliarden zugegangen.
Der Banknotenlauf ist um 358,5 Milliarden auf 3871,3 Milliar-
den, der Umlauf von Darlehnswechseln um 0,3 Milliarden
auf 12,9 Milliarden Mark gestiegen.
Deutschlands Außenhandel. Im Januar 1923 betrug nach amt-
licher Schätzung der Wert der Einfuhr 363,8 Millionen Gold-
mark (im Durchschnitt des Vorjahres 516,7), der Wert der Aus-
fuhr 311,4 Mill. Goldmark (330,8). Die Einfuhr hat gegen den
Durchschnitt des Vorjahres also um 47,1 Millionen Goldmark oder
8 Prozent zugenommen, während die Ausfuhr um 19,4 Mill. Gold-
mark oder 6 Prozent zurückgegangen ist.
Der Vollerpreis ist in Thüringen stark zurückgegangen. Für
Meinungen ist ein Höchstpreis von 3400 Mark für das Pfund fest-
gesetzt worden.
Weizenmehlpreis der Südd. Mühlenvereinigung am 17. März:
170 000 Mk. (unv.) für 100 Kilo.
Preisermäßigung für Stickstoffdüngemittel. Infolge Vermin-
derung der Anschaffungskosten für ausländische Rohstoffe konnte
der Preis für Superphosphat niedriger festgelegt werden. Der
Höchstpreis beträgt ab 13. März 1923 für 1 Mio v. S. wasserlös-
liche Phosphorsäure im Superphosphat 2757 M. Die Preise für
Phenolanaldehyd betragen künftig: für 1 Kg. v. S. Nitron-
säurephosphorsäure 2348 M., für 1 Mio v. S. Gesamt-
phosphorsäure 2348 M. Infolge Herabsetzung des Stickstoffpreises
in schwefelsauren Ammoniak ermäßigt sich ferner der Stickstoff-
preis in Superphosphatmischungen von 8110 auf 8245 M.
Waldhölzer Holzmarkt. Mannheim, 17. März. Am hiesigen
Holzmarkt wirken sich die verschärferten Kreditbedingungen der
Banken aus. Bei den Einfuhren im Walde ist es ruhiger ge-
worden, und es zeigt sich mehr Angebot. Angesichts der Schwie-
rigkeiten der Zellstoffindustrie im Abzug noch dem Anstau von
Papierholz bereits mit 82 000 M je Raummeter erblickt. —
Am Breitermarkt zeigte man sich abgeduldet. Der Groß-
handel verlangt für Ausschuhbretter noch 300—350 000 M, bei
den Edgemahlen ist bereits mit 250 000 M frei Station ankum-
men, halbreine Bretter stellen sich 20 v. S. „gute“ 10 v. S.
X-Bretter 10 v. S. billiger.

Maschinenfabrik Gebrüder Dürr, Aktiengesellschaft
Koblenz. Die 1. ordentliche Generalversammlung vom
10. 3. 23 unter Vorsitz von Präsident Adorno genehmigte
die vorgelegten Berichte und den Rechnungsbuch mit
874 276 M Reingewinn, setzte die Dividende auf 12% fest,
wählte neu in den Aufsichtsrat Fabrikdirektor Sapp-Stutt-
gart und Fabrikant Ernst Bauer-Herrenberg und beauftragte die
Erhöhung des Grundkapitals von 6 auf 20 Millionen. Die
bedeutende Vergrößerung des Betriebs ist durchgeführt. Die
Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind günstig. Ein-
führung der Aktien in den Stuttgarter Freiverkehr bevor-
zugen.

Das Wetter
Im Nordosten steht Hochdruck. In Süddeutschland sind Stürme
vorhanden, unter deren Einfluß am Dienstag zeitweilig be-
wölkt, in der Hauptsache trockenes und mäßig kaltes Wetter zu
erwarten ist.

